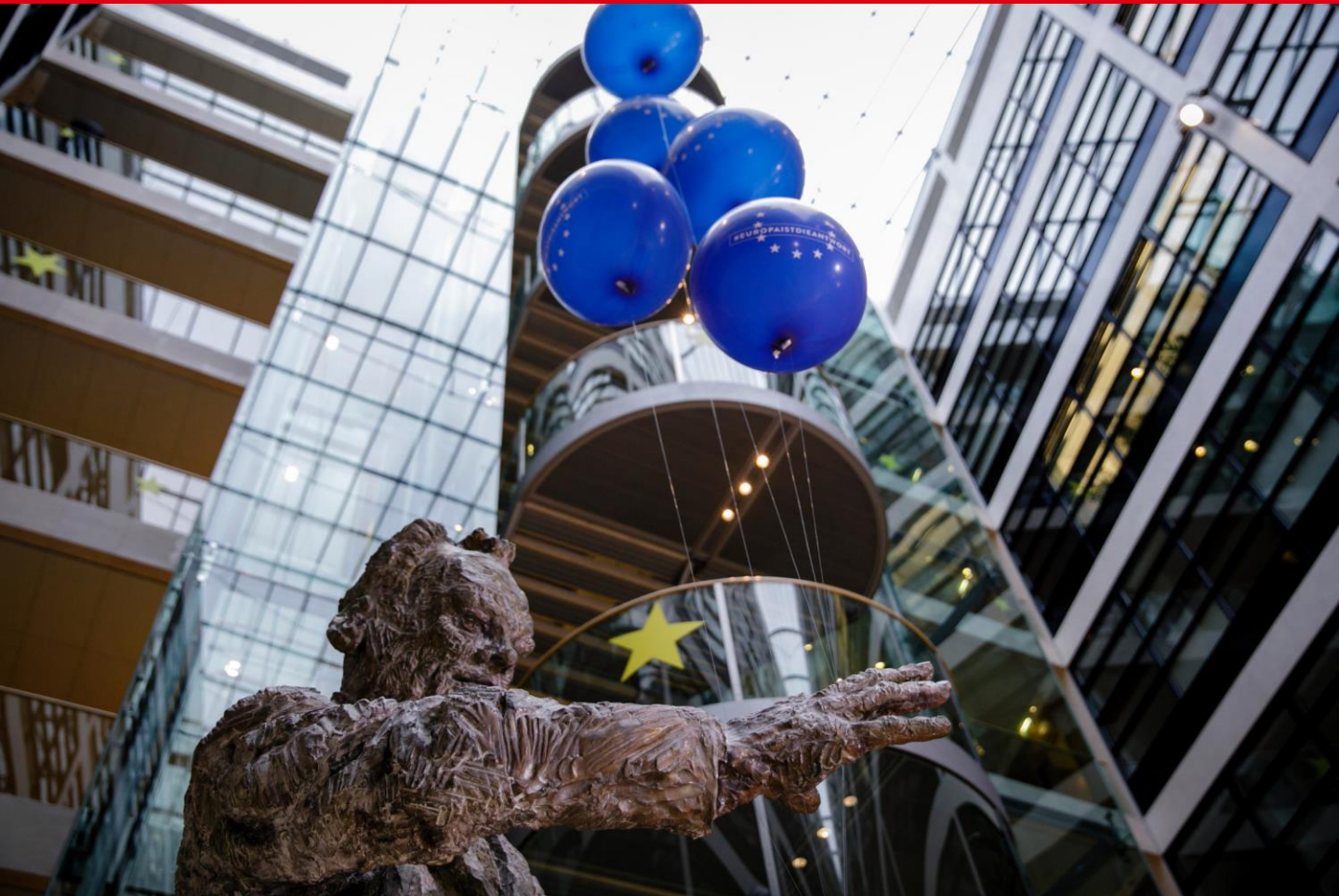




STIMMEN FÜR LÜBECK

DER NEWSLETTER DER SPD-LANDTAGSABGEORDNETEN

Wolfgang Baasch | Kerstin Metzner | Thomas Rother | Ausgabe Nr.9 | Januar 2019



| Für Lübeck im Landtag!

KERSTIN-METZNER.DE

THOMAS-ROTHER.DE

WOLFGANG-BAASCH.DE



#europaistdieantwort- Gastbeitrag

Europa solidarischer machen!

Die Zustimmung zu Europäischen Union ist laut jüngeren Umfragen in vielen Ländern so hoch wie nie. Es ist nun Aufgabe diese recht positive Stimmung in eine hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl umzumünzen, um die Europäische Union zu festigen. Unser Ziel muss eine Beteiligung von über 50 Prozent sein, denn es gilt, gemeinsam für die Demokratie einzustehen und sich der Bedrohung gegen Rechts entgegenzustellen. Das Europaparlament wird dieses Jahr am 26. Mai 2019 zum neunten Mal gewählt. Vor 40 Jahren fanden die ersten Direktwahlen zum Europaparlament statt. Seitdem hat das Parlament, die Herzkammer der europäischen Demokratie, vieles erreicht - was das Parlament letztendlich benötigt sind zwei grundlegende Werkzeuge im Parlamentarismus: das Recht, selbst Gesetze auf den Weg zu bringen und den Haushalt aufzustellen. Das muss kommen, denn das Europaparlament ist das einzige Organ, das von uns Lübecker*innen direkt durch eine Wahl legitimiert werden kann.

Wir brauchen ein schlagkräftiges Parlament für die großen Aufgaben: eine faire Handelspolitik verhandeln, die Digitalisierung gestalten, die Steueroasen austrocknen, soziale Ungleichheiten abbauen, die Digitalsteuer und Finanztransaktionssteuer einführen. Wir brauchen mehr Solidarität in der Europäischen Union - und mehr Europäische Union, um mehr Solidarität zu gestalten.

Damit setzen wir uns für eine Festigung der demokratischen Strukturen in der EU und Europa und gegen den Rechtspopulismus ein. Haben wir den Mut aufzustehen, um für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit

zu streiten. Streiten wir wie unsere Vorfahren für ein starkes und geeintes Europa. Wir wollen doch ein Europa, in dem der Mensch und nicht die Nation im Vordergrund steht, in dem das Gemeinsame höher gewichtet wird als das Trennende?!

Zur Europawahl muss es darum gehen, deutlich zu machen, was die Europäer verbindet. Als ehemaliger DDR-Bürger bin ich entsetzt, dass es wieder Grenzen in Europa gibt. Ich bin mir sicher, dass wir die ökonomischen und militärischen Bedrohungen in den Griff bekommen können und es gelingen kann, die Europäische Union solidarischer zu machen.

Noch ein paar persönliche Worte: Ich bin enttäuscht über meine Platzierung und insbesondere über das Verfahren auf Bundesebene, das dafür sorgte, dass ich nunmehr auf Platz 30 der Bundesliste zur Europawahl gelandet bin, weil man verjüngen bzw. besser erneuern wollte. Dass ich mich als 40-jähriger mit dieser Argumentation nicht abfrühstücken lassen wollte, ist hoffentlich nachvollziehbar. Ich bin der jüngste Spitzenkandidat eines Landesverbands! Unser Nominierungsverfahren in Schleswig-Holstein war das fairste und demokratischste der SPD und damit auch ein gutes Stück Erneuerung.

Als leidenschaftlicher Europäer, der ich nun seit mehr als 25 Jahren bin, werde ich mich also in den Europa-Wahlkampf stürzen. Ich bin der Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein und diese Aufgabe werde ich erfüllen. Es geht am 26. Mai 2019 um deutlich mehr, als dass ich Europaabgeordneter werde. Lasst uns Vollgas für Europa geben! Lasst uns die braunen Flecken von Europas Sternen schrubben! Lasst uns Europas Sterne wieder zum Strahlen bringen!

Enrico Kreft – Spitzenkandidat SPD Schleswig-Holstein zur Europawahl am 26. Mai 2019

Kontakt: mail@enrico-kreft.eu

www.enrico-kreft.eu



STIMMEN FÜR LÜBECK

DER NEWSLETTER DER SPD-LANDTAGSABGEORDNETEN

Wolfgang Baasch | Kerstin Metzner | Thomas Rother | Ausgabe Nr.9 | Januar 2019



ENRICO KREFT

#MORSHOCH

#EUROPAISTDIEANTWORT

Für ein solidarisches, digitales, nachhaltiges Europa!

Aufenthaltsrecht

Kein Mensch ist illegal!

Sie leben im Verborgenen, sind für die Allermeisten unsichtbar und nehmen am gesellschaftlichen Leben nicht teil: Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Ihre Zahl ist unbestimmt – es gibt nur „Dunkelziffern“.

Kein Sportverein, kein Bankkonto, keine Krankenversicherung und die Kinder können oftmals keine Schule besuchen, oft haben diese Menschen keine eigene oder gar keine Wohnung. Sie werden ausgebeutet und haben bei Krankheit oder einem Arbeitsunfall keinerlei Absicherungen. Sie sind schutzlos ausgeliefert!

Die Bundesrepublik Deutschland ist in der Pflicht, Einreise, Ausreise und Aufenthalt in unserem Land zu regeln und zu prüfen. Trotz unserer engmaschigen Aufenthaltsregularien und Prüfungen kommt es eben doch auch zur Illegalität in Deutschland. Frauen, Männer und auch Kinder sind betroffen. Es gibt viele Gründe für das Entstehen eines illegalen Aufenthalts. Nicht selten sind es ausländische Studierende, die exmatrikuliert werden und somit ihr Recht auf Aufenthalt verlieren. Oder sie sind aus dem Ausland mit einem

Arbeitsvisum gekommen, verlieren ihren Job und damit auch die Aufenthaltsberechtigung, wenn sie sich nicht um das weitere Verfahren kümmern. Einige können gar nichts für ihre Illegalität, denn sie werden einfach in diesen unsicheren Zustand hinein geboren.

Deutschland ist natürlich nicht das einzige EU-Land, indem sich illegalisierte Menschen aufhalten: England, Italien und auch Spanien zum Beispiel haben sich dafür entschieden, diesen Menschen in Abständen durch eine Amnestie einen gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen.

Auch wir in Deutschland sollten einen Weg finden, mit dem sichergestellt werden kann, dass Menschen von der Illegalität wieder zurück in ein legales und geordnetes Leben zurückkehren können.

Dazu sind die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen und ein Beratungsangebot für diesen Personenkreis zu entwickeln.

Wir werden in unserer Fraktion in den Gremien des Landtages für entsprechende Initiativen Schleswig-Holstein einsetzen.

Thomas Rother



Vergabegesetz

Schwarzer Tag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in SH!

Jamaika hat das Schleswig-Holsteinische "Tariftreue- und Vergabegesetz" geändert.

Dieses neue Vergabegesetz ist gegen die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien gerichtet. Dieses "Vergabegesetz" ermöglicht Lohndumping, es erschwert den Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte und den eindeutigen Verzicht auf Kinderarbeit. In Schleswig-Holstein haben wir jetzt das schlechteste "Vergabegesetz" in ganz Deutschland. Der Verzicht auf die umfassende Koppelung der Vergaben an die Tariftreue im "Vergabegesetz" ist der Gipfel der Ungerechtigkeit. Mit der Umsetzung dieser Entscheidung wird sich Schleswig-Holsteins Position als Lohnkeller unter den westdeutschen Bundesländern weiter verfestigen.

Die SPD-Fraktion wollte mit einem

Änderungsantrag zum "Tariftreue- und Vergabegesetz" die Tarifbindung für ÖPNV, SPNV, Freistellungsverkehre und die Abfallwirtschaft stärken. Zudem wollten wir eine verpflichtende Personalübernahme bei Anbieterwechsel festschreiben.

Wir wollten ein fortschrittliches "Tariftreue- und Vergabegesetz", Schleswig-Holstein hat nun ein Jamaika-Gesetz das bürokratisch, rückwärtsgewandt und sozial blind ist.

Die Feststellung des DGB / Uwe Polkaehn:

„Künftig muss jede Kommune für sich klären, ob sie Produkte aus Kinder- und Zwangsarbeit dulden will, ob Kriterien des Umweltschutzes und der Energieeffizienz gelten, ob Zulieferer Gewerkschaftsrechte respektieren. Vor dem Hintergrund der heutigen weltweiten Herausforderungen ist eine solche Freiwilligkeit beschämend.“

Nur wenn Kriterien für alle und grundsätzlich gelten und dann auch kontrolliert werden ist das Bürokratieabbau. Ein Flickenteppich unterschiedlichster Anwendungen im Land ist das nicht.

Wolfgang Baasch





Medikamentenversuche 1945-75

Alle Möglichkeiten der Aufarbeitung nutzen und fortsetzen

Mit dem öffentlichen Symposium „Die Vergangenheit im Kopf – die Zukunft in der Hand“ am 28. und 29. November 2018 hat sich der Landtag einem schrecklichen Kapitel Schleswig-Holsteinischer Geschichte gestellt.

Hier im hohen Haus kamen erstmals die heute erwachsenen Opfer des Missbrauchs in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie und Behindertenhilfe in Schleswig-Holstein zu Wort. Es war erschreckend von den Schmerzen, der Gewalt, der Gleichgültigkeit und der Herzenskälte zu hören, die diese Menschen als Kinder und Jugendliche ausgesetzt waren. Kinder und Jugendliche, die für Medikamentenversuche missbraucht wurden und schlimmster, schwarzer Pädagogik wehrlos ausgesetzt waren.

So etwas darf nie wieder vorkommen!

Beschämend ist aber auch, dass erst heute im Jahr 2018/2019 wir mit einer öffentlichen Aufarbeitung dieser Vorgänge beginnen. Lange wurde den ehemaligen Heimkindern nicht geglaubt. Obwohl ihre Erlebnisse lange bekannt sind, ist wenig - viel zu wenig - bisher passiert. Die Beratungsstelle der Stiftung „Anerkennung und Hilfe in Schleswig-Holstein“ unterstützt seit 2017 Betroffene durch Beratung und bei der Antragstellung um Entschädigungsleistungen.

Die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle leisten hier eine vorbildliche und anerkannte Arbeit. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung, die die Medikamentenversuche in Psychiatrien

und Heimen in Schleswig-Holstein zwischen 1945 und 1975 untersucht, soll ihre Ergebnisse bis 2021 vorlegen. Dies macht deutlich, wie spät und wieviel zu spät wir uns jetzt diesem dunklen Kapitel Schleswig-Holsteinischer Geschichte stellen.

Mit dem Symposium haben Betroffene, haben die Opfer, Gehör im Landtag gefunden. Beeindruckend waren der Mut und die Klarheit mit der ehemalige Heimkinder - heutige Erwachsene - die Leiden und Qualen, aber auch ihre Alpträume und Ängste, in aller Öffentlichkeit geschildert haben. Dafür gilt mein, gilt unser aller Respekt vor diesen mutigen, couragierten, manchmal aber auch bis an psychische Belastungsgrenzen gehenden Berichte.

Danke für Ihren aufrüttelnden und nie nachlassenden Einsatz um Anerkennung und Gerechtigkeit.

Nun ist es auch an uns dafür zu sorgen, dass im Rahmen der Aufarbeitung alle verfügbaren Informationen und Akten von Trägern, von Kliniken, Heimen, Einrichtungen und der Pharmazeutischen Unternehmen geöffnet und zur Verfügung gestellt werden. Mit unserem Handeln und unseren Möglichkeiten, müssen wir die wissenschaftliche Aufarbeitung in all ihren Aspekten - auch der schwarzen Pädagogik und der brutalen Gewalt durch die damals Verantwortlichen unterstützen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Betroffene nicht durch bürokratische Hürden ein zweites Mal zu Opfern werden. Das gilt sowohl für Antragsfristen wie auch für zu eng gefasste Regelungen im Entschädigungsrecht. Wir sollten dabei die Arbeit der Stiftung Anerkennung und Hilfe und die Ergebnisse der Beratungen im Beirat der Stiftung intensiv begleiten.



→ Wir sollten darauf achten, dass Betroffene, die als Heimkinder schweres Leid in Schleswig-Holstein erlitten haben, im Alter, bei Krankheit oder im Pflegefall individuelle Unterstützungs- und Hilfestellungen bekommen. Hierzu wurde im Symposium ein sehr beachtenswerter Vorschlag unterbreitet, den wir unbedingt aufgreifen sollten! Diese Grundsätze haben wir im Sozialausschuss am 10. Januar 2019 gemeinsam als Konsequenz aus dem Symposium vom 28. und 29. November 2018 beschlossen.

Ich bin den Kolleginnen und Kollegen von CDU, Grünen, FDP und SSW außerordentlich dankbar, dass es uns gelungen ist, diesen

gemeinsamen Beschluss als gemeinsames Versprechen auf den Weg zu bringen. Ein ganz besonderer Dank gilt dem Vorsitzenden des Sozialausschusses, Werner Kalinka, der den vorliegenden Beschluss des Sozialausschusses gut vorbereitet und mit seiner offen-konstruktiven Art zu einem gemeinsamen Ergebnis geführt hat.

Die Verletzung und Missachtung von Menschenrechten, die Misshandlung von Kindern und Jugendlichen, die in der Obhut des Staates eigentlich Schutz finden sollten, darf nie wieder geschehen.

Wolfgang Baasch



Roter Salon

Herzliche Einladung zum Roten Salon

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
Liebe Genossinnen und Genossen !

Im Rahmen des Roten Salon lade ich Euch / Sie
ein, um über das Thema

**Der Brexit und seine Auswirkungen auf
Schleswig- Holstein –
Zukunft der
Europäischen Union**

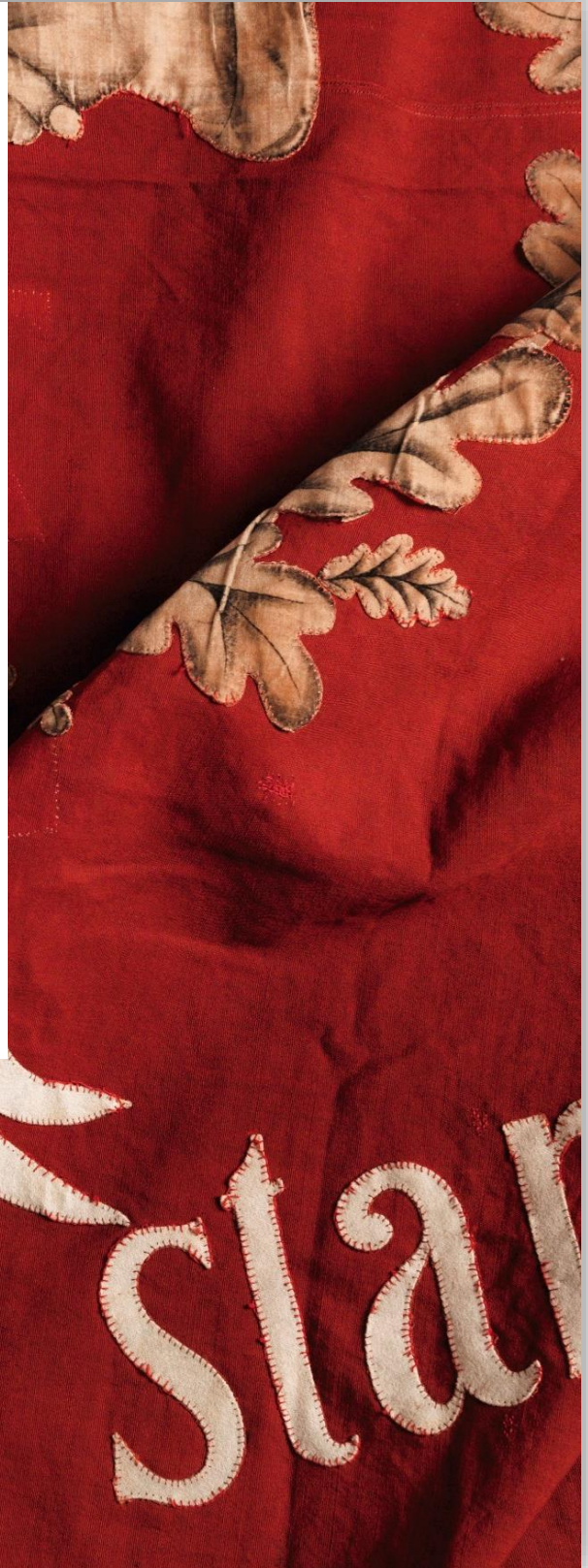
**am 22.02.2019 Uhr in der
Diele – Mengstrasse 41- 43 in Lübeck**

mit Ralf Stegner, Birgit Wille und Werner Koopmann
von der IHK zu Lübeck/ Kiel Geschäftsbereichsleiter
international zu sprechen und zu diskutieren.

Ich bitte um Anmeldungen per Mail unter:
sandra.odendahl@spdluebeck.de oder telefonisch
unter 0451 7027220.

Mit besten Grüßen

Wolfgang Baasch





STIMMEN FÜR LÜBECK

DER NEWSLETTER DER SPD-LANDTAGSABGEORDNETEN

Wolfgang Baasch | Kerstin Metzner | Thomas Rother | Ausgabe Nr.9 | Januar 2019



Wolfgang Baasch

Erzieher

Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Europaausschuss
- stellv. Vorsitzender im Sozialausschuss
- stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Behindertenpolitischer Sprecher
- Sprecher für Arbeitsmarkt und Gewerkschaften

Kontakt | w.baasch@spd.ltsh.de

Funktionen im Landtag

- Mitglied im Umwelt- und Agrarausschuss
- Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Sprecherin für Fischereipolitik
- Sprecherin für Maritime Wirtschaft / Häfen und Küstenschutz
- Sprecherin für Verbraucherschutz
- Sprecherin für freie Berufe
- Sprecherin Bündnis Eine Welt (BEI)
- Mitglied BINGO-Vergaberat

Kontakt | info@kerstin-metzner.de



Kerstin Metzner

Dipl.-Ing. Ingenieurbau
& Wasserbau



Thomas Rother

Diplom-Betriebswirt
& Sozialökonom

Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung,,
- Vorsitzender des Finanzausschusses
- Vorsitzender Beteiligungsausschuss des Landtages
- Vorsitzender Anstaltsbeirat bei der JVA Lübeck
- Stellv. Vorsitzender des 1. parlamentarischen Untersuchungsausschusses
- Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landes-verfassungsgerichts

Kontakt | info@thomas-rother.de